Dienstag, 7. August 1923 · 71. Jahrgang Nr. 367

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzelnummer 6000 M.

erscheint täglich zweimal Sonntags, Feiertags nur Montags einmal. Abonnements-preis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich M. 24 000.— im voraus zahlbar. Abonnementserhöhungen während der Zeitungszeit vorbehalten. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung od. Erstattung des entsprechenden Entgelts. Tagespreis für Anzeigen: Die 12 gespaltene Zeile M. 27 000.—, für kleine Anzeigen: das Wort M. 7000.—, das fettgedruckte Wort M. 15 000.—. Haupt-Exped.: Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Nachtverkehr Nr. 4297 bis 4299. — Rudolf Mosse-Code. — Filialen: Moritzplatz, Leipziger Straße 67–68, Wiener Straße 1–6, Frankfurter Allee 268, Frankfurter Allee 246, Grosse Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 37, Kochhannstraße 6, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Fennstraße 1, Müllerstraße 135, Badstraße 61, Königin-Elisabetherstraße 79. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

7 Uhr Abend · Berlin unsicher

strasse 56–57, Rosenthaler Straße 40, Raihenower Straße 3, Turmstraße 41, Potsdamer Straße 33, Leipziger Straße 103, Zimmerstraße 89, Blücherstraße 60, Fidicinstraße 9; Charlottenburg: Tauentzienstrasse 2, Kantstrasse 34, Scharrenstrasse 30, Nürnberger Strasse 26–34, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Heuriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1–3; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93–94, Kaiser-Friedrich-Strasse 247–48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: breite Strasse 3, Schöneberg: Hauptstrasse 28–34, Martin-Luther-Strasse 9, Steglitz: Albrechtstrasse 130, Tempelhof: Berliner Strasse 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 68, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4, Kreslau: Schweidnitzer Str. 21–22, Köpenick: Schlossstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 22, Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

England denkt an keine Sonderantwort

„Jeder Gedanke aufgegeben" – Veröffentlichung von Berichten der Repko und Vorschlägen?

London, 6. August. (E. E.)

Nach halbamtlichen Informationen der Presse hat man in London endgültig jeden Gedanken einer Sondernote an Deutschland aufgegeben. Dagegen sei die englische Regierung entschlossen, Berichte der Reparationskommission zu veröffentlichen, in denen diese Vorschläge für die deutschen Zahlungen gemacht hatte.

Paris, 6. August. (W. T. B.)

Der zeitweilig gemischte Ausschuß des Völkerbundes für Abrüstungsfragen hat heute wiederum lange über die Defensivabmachungen verhandelt. Havas berichtet, daß die Sonderkommission Verträge als Mittel zur Abwendung des allgemeinen Garantievertrages im Prinzip in erster Lesung angenommen habe. Der allgemeine Vertrag soll erst nach Feststellung der Haltung des Völkerbundrats in Kraft treten. Die Defensivabmachungen würden also gegebenenfalls, so fügt Havas hinzu, die angegriffene Nation in Stand setzen, mit großer Sicherheit ihrer Angreifer Herr zu werden, ohne daß die Entscheidung des Völkerbundes abgewartet werden müßte. Es muß bemerkt werden, daß die Sonderabmachungen, bevor sie gültig würden, dem Völkerbundsrat zur Genehmigung zu unterbreiten seien. Der zeitweilige Ausschuß setzt heute seine Beratungen fort.

Der „Temps" gegen Professor Keynes

Paris, 6. August. (E. E.)

Der „Temps" beschäftigt sich heute abend in seinem Leitartikel mit einem Brief, den Keynes in der gestrigen „Times" veröffentlicht hat und in dem er schreibt: Das Ruhrgebiet wird von dem übrigen Deutschland ernährt. In absehbarer Zeit werden zehn Millionen Menschen die Hände hochheben, sich Frankreich unterwerfen und rufen: „Wir werden alles tun, was ihr wollt, aber gebt uns zu essen." Was wird alsdann Poincaré tun? Der „Temps" sagt hierzu: An dem Tage, an dem der deutsche Widerstand im Ruhrgebiet aufhören werde, was nicht, wie der „Temps" ausdrücklich hervorgehoben hat, eine Kapitulation bedeuten müsse, wie englische Politiker schreiben, die Deutschland verheßen, sondern lediglich eine Anwendung des Friedensvertrages — an dem Tage würde eine Zusammenarbeit zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner beginnen, in beider Interesse. Die Industrie dieser außergewöhnlich reichen Gegend würde dann wieder regelmäßig produzieren und reichlich exportieren. Sie würde dann alsbald wieder große Kredite im Auslande erhalten und mit diesen Krediten könne Deutschland ohne Schwierigkeiten Lebensmittel einkaufen. Wenn das Ruhrgebiet normal arbeite, werde es niemand nötig habe, der es ernährt. Aus diesem Grunde sei die Berliner Regierung und die Gegner Frankreichs in England so ungeduldig, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet zu vertreiben. **Keynes könne sich beruhigen.**

Dollar: 2083333

(New-Yorker Parität)

Gestern wurde in Ouchy bei Lausanne der Vertrag zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

In Paris hat die gemischte Kommission für die Einschränkung der Rüstungen zwei Sitzungen abgehalten.

Nach über fünfwöchigem Verbot ist heute die „Düsseldorfer Zeitung" wieder erschienen.

Das aus Anlaß des Lokomotivführerstreiks über Ungarn verhängte Standrecht wurde wieder aufgehoben.

Der liberale Abgeordnete Forthomme ist zum belgischen Minister für nationale Verteidigung ernannt worden.

Die für August anberaumte Eisen-Konferenz zwischen Lettland, Litauen, Estland, Deutschland und Rußland ist bis Oktober verschoben worden.

Die finnländische Regierung beabsichtigt die Gründung einer Generalstabsakademie.

Der polnische Sejm nahm in seiner außerordentlichen Tagung das Budgetprovisorium und das Gesetz über die Vermögenssteuer an.

In Düsseldorf hat sich eine neue Separatistenpartei, die „Rheinische Unabhängigkeitspartei", aufgetan.

Der litauische Geschäftsträger Sidzikauskas hat Berlin verlassen.

In Havanna ist eine deutsche Handelskammer für die Republik Kuba gegründet worden.

Der Reichsfinanzminister hat auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 verordnet, daß die Umsatzsteuer in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen ist.

Der deutsche Ruhrwiderstand

Ein Interview der „Ere Nouvelle" mit Dr. Hilferding — Die Einheitsfront des Ruhrvolkes
Die Bedrohung der Unabhängigkeit des Reiches — „Kampf jusqu'au bout"

Der deutsche Abgeordnete Hilferding erklärte einem Vertreter der „Ere Nouvelle", es könne von einer Verständigung nicht die Rede sein, solange die Ruhrbesetzung andauere, die nicht als Druckmittel, um Zahlungen zu erlangen, sondern als ständige Drohung und Operation angewendet werde, um Deutschland zu erdrücken. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet sei nationale Pflicht. Von der Regierung, vom ganzen Lande, von den Parteien der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten, von den übriggebliebenen Resten der Militärpartei bis zu den Gewerkschaften werde niemand in dieser Frage nachgeben.

Frankreich möge eine Lösung finden, die seinem Prestige und dem deutschen Patriotismus Genüge leiste.

Frankreich möge durch seine Forderungen beweisen, daß es Gerechtigkeit wünsche, damit man, erklärte Hilferding, dem Volke zeigen könne, daß das, was Frankreich wolle, Reparationen sind und nicht die Vernichtung Deutschlands, dann werde man aufrichtig und loyal am Wiederaufbau mitarbeiten, bis dahin sei keine Verhandlung möglich. Hilferding fuhr fort, Deutschland hungere nach Frieden und Wiederaufbau. Es könne und werde 30 Milliarden Goldmark bezahlen. Allerdings sei das eine Ziffer, die nicht überschritten werden dürfe. Auf die Frage des Berichterstatters, ob die Ruhrbesetzung die Erfüllung unmöglich mache, die vier Jahre hindurch nicht bewirkt worden sei, antwortete Hilferding, man könne Fehler, die begangen wurden, nicht ableugnen. Man könne sie nur in die Worte zusammenfassen, sie seien die Folge eines gewollten Mißverstehens auf beiden Seiten. Frankreich habe nichts getan, um das deutsche Volk von seinem Friedenswillen zu überzeugen. Die Unabhängigkeit des Reiches sei fortgesetzt durch die französische Politik — sei sie Regierungspolitik oder nicht — bedroht gewesen, durch die man versuchte, eine separatistische Bewegung und die Schwächung der liberalen deutschen Regierungen, die bereit gewesen wären, sich mit Frankreich zu verständigen, herbeizuführen.

Der Ruhrwiderstand aber habe mehr als moralischen Erfolg, so verzweifelt er auch sei. Auf die Frage des Berichterstatters, ob eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe und ob eine soziale Revolution die Schwierigkeiten überwinden werde, antwortete Hilferding: „Zählen Sie nicht darauf!

Wir werden jusqu'au bout kämpfen, viel länger als man voraussetzt.

Wenn die Regierung bis jetzt vielleicht bei ihrem Widerstande es an Entschlußfähigkeit und Weitblick hat mangeln lassen, so muß ich darauf hinweisen, daß jetzt ein neuer Reorganisationsplan in Ausarbeitung begriffen ist." Die Industrie werde alle notwendigen Opfer bringen; Konzessionen und Abkommen zwischen Industriellen und Arbeitern seien möglich. Frankreich habe das Gefühl des Widerstandes allgemein geweckt. Die soziale Frage, so akut sie auch sei, werde zweifellos an zweite Stelle treten angesichts des gemeinsamen Werkes, die nationale Verteidigung sicherzustellen. Der Staat werde für sein Budget den Goldwert annehmen. Das sei die erste Aufhellung der Lage. Wenn die Reichsbank die Goldabschätzung für Kredite vorgenommen habe, dann könne man dank den vorhandenen Devisen die Privatwirtschaft weiter finanzieren, und zwar auch mit Hilfe der jetzt geplanten langfristigen Goldanleihe. Schließlich erklärte es Hilferding für eine entscheidende Notwendigkeit, daß Frankreich den Garantiepakt annehme, den England und Amerika ihm vorgeschlagen haben. Wenn dann Frankreich des Friedens versichert werde, auf den es Anspruch habe, werde es vielleicht endlich Muße haben, den guten Willen anzuerkennen, an den nicht zu glauben, zweifellos das größte Unrecht gewesen ist.

Noch nie . . .

Von

Otto Grund

Die Gewohnheit kann zum Fluch für die Menschheit werden, wenn einzelne oder gar die Mehrzahl der Menschen sie Gewalt über sich gewinnen lassen. Wie oft hört man von Männern und Frauen: Ich bin es so gewöhnt, in meiner Familie ist es immer so gehandhabt worden, und ich handle weiter nach dem bewährten Rezept! Wobei fast immer vergessen wird, daß das Rezept zu Mutters oder Großmutters Zeiten sehr gut und bewährt gewesen sein mag, daß es aber heute längst durch vorteilhaftere Methoden ersetzt sein kann. Jedoch die träge Gewohnheit der Meisten verharrt gar zu gern im „guten (weil bequemen) Alten"; zahlreiche Tragödien und Wirtschaftszusammenbrüche sind über Familien und größere Gemeinden gekommen, weil ihre Träger sich eigensinnig gegen die Benutzung technischer Fortschritte sträubten („mein Vater hat das auch nicht gemacht und ist gut dabei gefahren!"), und in den allermeisten Fällen mußte die Masse der Gewohnheitsmenschen zu ihrem eigenen Vorteil erst förmlich gezwungen werden.

*

Noch viel schlimmer, ja als Geißel der Menschheit wirkt die träge Gewohnheit (das Verharren im Gewesenen oder jetzt Seienden) in geistigen Dingen. Wir können das heute mehr als je beobachten, obwohl diese Zeit wie keine geeignet wäre, sich vorwärts in neues oder wieder neuwerdendes hineinzudenken. Trotzdem sehen wir, wie ein großer Teil der Jugend, die sonst so gern vorwärts stürmt, und sich neuer Gedanken gerühmt hat, rückwärts gerichtet ist und im Alten verharrt. Ihr Geist ist, so heftige Ausbrüche er sich manchmal leistet, in einer Art Verkalkung begriffen, die von Generation zu Generation weiterwirkt. Ohne Krieg, ohne gegenseitiges Völkermorden erscheint solchen Geistern die Welt unvorstellbar. Warum? Es war immer so — punktum! Der Denkprozeß bleibt einfach stehen. Neue Gedanken? Ach, die Gewohnheit ist bequemer! Krieg war immer — also weitermorden!

*

Selbst berufsmäßige Denker und Führer der Jugend fahren in solchen ausgemergelten Wagenspuren. Ich las neulich die öffentliche Aeußerung eines Universitätslehrers, der Amerika vorhielt: Wenn es schon dem Deutschen Reiche kein Geld offiziell leihen wolle in der Befürchtung, daß es in irgend einer Form doch dem französischen Militarismus zufließe, so könne es doch der immer mehr verkümmernden deutschen Wissenschaft mehr als bisher helfen. Denn sie arbeite für die Menschheit, und wenn sie zugrunde gehe, dann schade Amerika sich selber. „Hilf uns. Tua res agitur!" Bis hierher zutreffend. Gewiß, es ist auch Amerikas eigene Sache, sein eigenes Interesse würde die Unterstützung der deutschen Wissenschaft in größtem Umfange erfordern. Aber mußte zur Begründung dieses Gedankens folgender, dem Menschheitsgedanken abgewandter Satz geschrieben werden: „Noch nie zwar hat ein Volk dem andern geholfen aus Mitleid, noch nie aus Dankbarkeit, sondern nur aus eigenem Interesse?" Ich weiß im Augenblick nicht, ob das buchstäblich auf alle Zeiten und alle Völker zutrifft; aber angenommen, es ist im großen ganzen so —: muß es deshalb immer so bleiben? Können nicht in den Beziehungen auch der Völker untereinander ethische Beweggründe

Heute Beginn des Metallstreiks

Die Funktionäre der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen versammelten sich am gestrigen Abend, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium Stellung zu nehmen. Da bei Beginn der Versammlung die Unterhändler aus dem Reichsarbeitsministerium noch nicht anwesend waren, gab zunächst Hesse von der Zentralstreikleitung den Bericht über die Besprechungen, die am gestrigen Vormittag im Reichsarbeitsministerium stattgefunden hatten. Nachdem es zunächst bei diesen Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmervertretern und Minister Dr. Brauns zu Auseinandersetzungen über die Zahl der an den Verhandlungen beteiligten Delegierten gekommen war — der Minister hatte fünf Vertreter gefordert, während die Gewerkschaften zwölf entsenden wollten — einigte man sich schließlich dahin, daß von den Organisationen sieben Vertreter an den Verhandlungen beteiligt sein sollten. Nach anfänglichen Sonderverhandlungen, in den der Reichsarbeitsminister auf etwaige Komplikationen nicht nur für die Berliner Metallindustrie, sondern auch für das ganze Reich hingewiesen hatte, begab man sich zur gemeinsamen Sitzung mit den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller.

ob der Verband bereit sei, für Juli an Stelle der 305prozentigen eine 485prozentige Gehaltsaufbesserung zu gewähren und gleichzeitig die wertbeständige Dekadenzahlung einzuführen.

Jede Verneinung dieser Frage, so erklärten die Arbeitnehmervertreter, würde den Abbruch der Verhandlunden bedeuten, da irgendein Kompromiß an dem einmal gefaßten Streikbeschluß der Verbände nicht ändern könne. Die Verhandlungen über diese Forderungen zogen sich dann stark in die Länge, zumal eine Mittagspause eintreten mußte, und Minister Dr. Brauns an die Teilnahme vorübergehend verhindert war. Diese Mitteilungen Hesses lösten, so weit sie präzise Forderungen der Organisation betrafen, stürmischen Beifall in der Versammlung aus, während anderseits die Funktionäre ihrem Unmut darüber Ausdruck gaben, daß die Verhandlungskommission noch immer nicht zur Stelle sei. Dieser Bericht wurde dann noch durch die Mitteilung ergänzt,

daß die Metallarbeiter den Angestellten vollste Solidarität zusicherten, daß ferner auch die leitenden Angestellten den Streik proklamiert hätten.

Auf Wunsch der Versammlungen wurde schließlich telephonisch im Reichsarbeitsministerium nach dem Stande der Verhandlungen Nachfrage gehalten, worauf der Bescheid einlief, daß die Verhandlungen sich immer noch in dem gleichen Rahmen bewegen wie am Vormittag, eine Nachricht, die heftigste Entrüstung hervorrief.

Der Angestelltenstreik in der Berliner Metallindustrie nimmt daher heute früh seinen Anfang.